

Schaffhausen an den Rhein

BAU Der Stadtrat will das «Rheinufer Ost» grossräumig umpflügen und die Rheinuferpromenade vom Verkehr befreien. Jetzt gibt es eine Vorlage.

Marlon Rusch

Es ist eine aussergewöhnliche Vorlage, die der Stadtrat am gestrigen Mittwoch den Medien präsentierte. Das Projekt, das die Stadt in den kommenden rund zwölf Jahren zusammen mit privaten Partnern umsetzen will, ist sehr umfangreich und komplex: Das Gebiet «Rheinufer Ost» direkt am Rhein zwischen der Kreuzung Buchthaler-/Fischhäuserstrasse und dem Lindliweg soll auf einer Länge von rund 700 Metern umpflügt werden; dabei soll auch die heutige Rheinuferstrasse verschwinden. Um Komplexität zu reduzieren, hat die Stadt das Projekt in acht Teilprojekte gestückelt. Abgestimmt wird aber nur einmal, nämlich über die jetzt vorliegende «Entwicklungsstrategie Rheinuferpromenade». Stimmt die Bevölkerung der Strategie zu, wird der Grosse Stadtrat künftig über die

einzelnen Schritte befinden. Stadtrat Daniel Preisig sprach gestern von einer «einmaligen Chance», ein grosses Stück des Rheinufers vom Verkehr zu befreien.

Nachdem schon vor fast zwanzig Jahren erstmals eine Motion Schaffhausen «näher an den Rhein» bringen wollte, erarbeiteten 2022 und 2023 vier Planerteams im Rahmen eines städtebaulichen Studienverfahrens Lösungsvorschläge für das Areal. Diese fanden Eingang in einen Synthesebericht, der die Grundlage für die jetzige Vorlage bildete. Ausserdem gingen über 50 Rückmeldungen von Stakeholdern ein.

Knackpunkt: Verkehr

Geplant ist, dass der Verkehr aus der Stadt von der heutigen Rheinuferstrasse auf die Buch-

thalerstrasse umgelenkt und über eine neue Verbindungsstrasse durch das heutige Gaswerkareal wieder an den Rhein geleitet wird. Dies, das Kernstück der Vorlage, dürfte auch für die meisten Probleme sorgen, «das wird nicht einfach», gab Stadtplaner Marcel Angele an der Präsentation zu: Die relativ enge Buchthalerstrasse wird mit Mehrverkehr auskommen müssen, ausserdem dürfte die neue Abzweigung ein verkehrstechnischer Knackpunkt werden, vermutlich wird die Strasse nicht mehr mit Tempo 50 befahren werden können. Für die neue Strasse wird auch privates Land gebraucht werden, Stadtrat Preisig sagte jedoch, es werde keine Enteignungen geben.

Daneben wird der Schauweckergutpark ausgewertet. Die neue Uferpromenade am Rhein soll im Rahmen eines Planungswettbewerbs gestaltet werden (heute liegen noch



Die Stadtregierung schreitet zur Tat: Stadträtin Katrin Bernath und Stadtrat Daniel Preisig.

Robin Kohler

keine Visualisierungen vor). Die Internationale Veloroute soll weiterhin entlang der Uferpromenade führen. Der Rheinquai vom Freien Platz am Rande der Altstadt bis zum Fischerhäuserplatz und Salzstadel soll durch einen Ufersteg verbreitert werden, damit sich Fussgänger und Velofahrerinnen nicht mehr in die Quere kommen. Der heutige Salzstadel wird saniert und soll danach wieder für den Wassersport bereitstehen, ausserdem soll es Gastronomieangebote geben. Auch hier ist ein Architekturwettbewerb geplant.

Auch Private sollen in der Neugestaltung eine grosse Rolle spielen. Auf Höhe des Salzstadels entsteht auf dem heutigen Parkplatz ein neues Wohn- und Gewerbegebäude mit Reisebusparking. Das Land gehört dem Immobilienunternehmer Edi Spleiss. Weiter östlich, entlang der heutigen Rheinhaldenstrasse und bei der Sommerlust, soll ebenfalls ein Privater ein Wohn- und Parkhaus bauen, auch hier mit der Auflage, einen Architekturwettbewerb durchzuführen.

Acht Jahre Zwischennutzung

Das heutige Gaswerkareal schliesslich soll mit Auflagen an zwei private Baurechtsträger abgegeben werden, wobei einer davon gemeinnützigen Wohnungsbau betreiben soll, der durch einen renditeorientierten Investor gewissermassen querfinanziert werden soll. Die beiden müssen zusammen in einem Wettbewerb nach dem besten Projekt suchen. Der städtische Immobilienverantwortliche Florian Keller kündigte an der Präsentation an, dass das heutige Gaswerkareal, aus dem SH Power im nächsten Jahr ausgezogen sein soll, für die folgenden rund acht Jahre für Zwischennutzungsprojekte zur Verfügung gestellt werden soll. Die Bevölkerung werde zur gegebenen Zeit informiert, im Sommer 2025 werde dann ein Auswahlverfahren stattfinden.

Damit das Projekt «mehrheitsfähig» wird, wie Stadtrat Preisig sagte, wurden verschiedene Rahmenbedingungen geschaffen: So wür-

den «einvernehmliche Lösungen» mit den Wassersportvereinen bezüglich der Nutzung des Salzstadels und des Gaswerkareals angestrebt, die Biodiversität und das Stadtklima würden berücksichtigt, eine Studie werde das Potenzial von Bereichen wie Hotellerie, Gastronomie und Gewerbe abklären.

Die Teilprojekte sollen bis voraussichtlich 2036 gestaffelt umgesetzt werden. Die Stadt rechnet grob mit Kosten von 35 Millionen Franken, wobei der Bund über das Agglomerationsprogramm und der Kanton einen Teil tragen sollen. Die geschätzten effektiven Kosten für die Stadt liegen bei 22 Millionen Franken. Gleichzeitig ist geplant, dass Private einen dreistelligen Millionenbetrag investieren werden. Der Stadtrat fasst das mit dem Satz «Überschaubare öffentliche Investitionen lösen grosse Wertschöpfung aus» zusammen.

Die Entwicklungsstrategie wird formell als Gegenvorschlag der FDP-Initiative «Schaffhausen an den Rhein» gegenübergestellt.

Stadtrat bürgert nun alleine ein

SCHWEIZER PASS Der Bürgerrat wird abgeschafft und dem Stadtrat Entscheidungshoheit bei Einbürgerungsanträgen gewährt, hat das Volk entschieden. 65 Prozent der Stadtschaffhauser haben für die Auflösung des 15-köpfigen Milizgremiums gestimmt.

Der in dieser Form seit 1992 bestehende Rat entscheidet bisher über Einbürgerungen in der Gemeinde. Seit 2018 behandelt der Bürgerrat allerdings nur noch vereinfachte Verfahren. Diese wurden seither allesamt gutgeheissen. Anträge im ordentlichen Verfahren sind bereits heute Sache des Stadtrats und der Staatskanzlei. Weil Letztere ohnehin Vorprüfungen vornehme, sei der Bürgerrat obsolet geworden.

Nun darf der Stadtrat alleine entscheiden. Ein «Bürgerrat light» mit beratender Funktion ohne Entscheidungskompetenz ist bei den Einbürgerungsgesprächen aber dabei. Dieser besteht aus sechs Rätinnen und Räten, wovon jeweils zwei an den Gesprächen teilnehmen. **mh.**

Mehr Platz für Schülerinnen

AUSBAU Das Emmersbergerschulhaus wird ausgebaut und saniert. Die Stadtbevölkerung hat dem 9,8 Millionen Franken teuren Projekt «Sanierung und Dachgeschossausbau Schulhaus Emmersberg» am Abstimmungsontag mit 77,6 Prozent Ja-Stimmen zugestimmt. Damit folgt die städtische Bevölkerung wenig überraschend dem Grossen Stadtrat, der sich im März einstimmig für das Infrastrukturprojekt ausgesprochen hatte.

Konkret wird jetzt neben einer ohnehin notwendigen Sanierung der Umbau des bisher als Stauraum genutzten Dachstocks des 130-jährigen Gebäudes vorgenommen. Auf der Fläche von 940 Quadratmetern sollen Zimmer für drei Klassen, Zimmer für Logopädie und das Fach «Deutsch als Zweitsprache» sowie Gruppenarbeitsräumen entstehen. Zudem sollen die 45 Lehrpersonen einen grösseren Raum erhalten und das Schulhaus soll barrierefrei gestaltet werden. Der Bezug des Dachstocks ist für August 2027 geplant. **mh.**

Solarinitiative abgelehnt

ENERGIE Die Solarinitiative der Jungen Grünen wurde am Abstimmungsontag klar mit 60,6 Prozent Wählerinnenstimmen abgelehnt.

Die Initianten, denen der Ausbau der Solarenergie im Kanton zu langsam vorangeht und die monierten, nicht einmal die Hälfte des im Kanton verbrauchten Stroms werde auch im Kanton produziert, interpretieren das Resultat als «Schlag für die Energiewende». Umstritten war die Initiative, weil sie Hausbesitzer zur Produktion von Solarstrom auf den Dächern per Kantonsverfassung verpflichten wollte. «Wir wussten, dass das ein Knackpunkt sein wird», sagte Kantonsrat Gianluca Looser von den Jungen Grünen zu *SRF*.

Vom Tisch ist das Anliegen indes nicht. Im Kantonsparlament wird bald über eine abgeschwächte Variante der Solarenergie diskutiert, welche fordert, dass bei Dachsanierungen eine Fotovoltaik-Anlage gebaut werden muss. **mr.**

Neue Schiffländi angenommen

STEINAMRHEIN Die neue Schiffländi war ein riesiges Politikum für eine Gemeinde mit 3000 Einwohnern. Das zeigt nur schon der Umstand, dass die geplante neue Schiffländi in Stein am Rhein 76 Prozent der Stimmberechtigten an die Urne gelockt hat (mehr über die Schiffländi und die Steiner Volksseele: «Alibrandos Aufstand», *AZ* vom 1. Juni 2023).

Wie umstritten das Bauprojekt war, zeigt wiederum das Stimmverhältnis: 863 Steinerinnen sagten am vergangenen Sonntag Ja zur Neugestaltung und den entsprechenden Baukredit, 842 sagten Nein.

Der Stadtrat obsiegte also in einem hauchdünnen Entscheid und zeigte sich im Nachgang der Abstimmung «erleichtert». Gleichzeitig kündigte er an, die Gestaltungsarbeiten für die neue Schiffländi würden im Herbst 2025 beginnen, sodass die neue Promenade «rechtzeitig auf die Saison 2026 in neuem Glanz erstrahlen und freigegeben werden kann». **mr.**